

# Stellungnahme zum Antrag

DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2023/0550**  
Verantwortlich: **Dez. 2**  
Dienststelle: **POA**

## Deutschland-Ticket als Job-Ticket für die Beschäftigten der Stadt Karlsruhe „Warum kann Karlsruhe nicht, was Stuttgart kann?“

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	27.06.2023	23	x	

### Kurzfassung

Die Stadtverwaltung (incl. Eigenbetriebe) gewährt den Mitarbeitenden einen monatlichen Zuschuss von 24€ für das Jobticket. Mit der Einbindung des Deutschlandtickets Job in das Firmenkartenportal bei den Verkehrsbetrieben Karlsruhe entstehen den Mitarbeitenden für das Job-Ticket monatliche Kosten von 22,55€ (Kosten Jobticket 46,55€, abzüglich Zuschuss 24,00€). Die deutlich gestiegenen Anträge für das Deutschlandticket Job zeigen, dass das Angebot von den Mitarbeitenden als sehr attraktiv angesehen werden.

Angesichts des voraussichtlichen finanziellen Mehraufwands von rund 3 Millionen Euro/Jahr sowie der aktuellen Finanzlage kann eine Ausweitung der Aufwendungen im Bereich der „freiwilligen Leistungen“ aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgen. Auch eine Umschichtung von Haushaltsmitteln ist aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Ein kostenfreies Ticket ist auch verkehrspolitisch kritisch zu sehen, da die Menschen dieses gelegentlich gerne mitnehmen, ohne an ihrem grundsätzlichen Mobilitätsverhalten etwas zu ändern.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten: 3 Mio.€		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	positiv <input checked="" type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input checked="" type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

### **Ergänzende Erläuterungen**

Mit dem Zuschuss für das sogenannte Jobticket verfolgt die Stadtverwaltung von Anfang an die Ziele „Stärkung der Arbeitgeberattraktivität“ und „Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als Beitrag zum Klimaschutz“. Vor diesem Hintergrund wurden die Zuschüsse zum Jobticket sukzessive von 16€/Monat auf zuletzt 24€/Monat erhöht. Die Erhöhung des Zuschusses führte regelmäßig zu erhöhten Anträgen für das Jobticket. So stiegen die Fallzahlen von 486 Tickets in 2015 auf 1.376 Tickets im April 2020. Vermutlich bedingt durch die Coronapandemie gingen die Fallzahlen zunächst zurück, seit Jahresbeginn 2023 ist wieder eine Steigerung der Fallzahlen erkennbar, die sich April 2023 auf 1.318 belief.

Mit Einbindung des Deutschlandtickets Job in das Firmenkartenportal der Verkehrsbetriebe Karlsruhe ist eine deutliche Steigerung der Anträge der städtischen Mitarbeitenden für das Jobticket festzustellen. So gingen für Mai 2023 164 neue Anträge für das Jobticket ein. Die vorliegenden Anfragen über das Firmenkartenportal sowie die telefonischen Voranfragen beim Personal- und Organisationsamt lassen darauf schließen, dass im Juni 2023 mit weiteren rd. 300 neuen Anträgen zu rechnen ist (Erhöhung Mai und Juni um insgesamt rd. 40%). Die Fallzahlensteigerungen in den ersten beiden Monaten, in denen das Deutschlandticket Job zu beziehen ist, sind ein Indiz dafür, dass die aktuellen Zuschüsse für das Jobticket in Form des Deutschlandtickets Job von den Mitarbeitenden als attraktiv angesehen werden. So können die Mitarbeitenden mit monatlichen Kosten von 22,55€ (Kosten Jobticket 46,55€, abzüglich Zuschuss 24,00€) nicht nur den öffentlichen Personennahverkehr von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück, sondern deutschlandweit im Nahverkehr nutzen.

Die Übernahme der kompletten Kosten des Deutschlandtickets Job würde vermutlich dazu führen, dass alle Mitarbeitenden das Jobticket beantragen (Mitnahmeeffekt). Damit wären Kosten von rund 3.470.000 Euro/Jahr verbunden. Bei Berücksichtigung der bisherigen Zuschüsse würden sich die Mehraufwendungen auf rund 3.000.000 Euro/Jahr belaufen. Angesichts dieses finanziellen Mehraufwands, der positiven Entwicklung der Fallzahlen seit Einführung des Deutschlandtickets Job sowie der aktuellen Finanzlage empfehlen wir, auf eine komplette Kostenübernahme sowie die Übernahme künftiger Preisanpassungen zu verzichten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine Umschichtung von Haushaltsmitteln im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht möglich ist. Zudem ist fraglich, ob durch die komplette Kostenübernahme eine Änderung des Mobilitätsverhaltens aller Mitarbeitenden eintreten würde.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Eine Aussage für die städtischen Gesellschaften kann nicht getroffen werden.